

INTERVIEW

„Fremdenfeindlichkeit ist das Ergebnis einer Politik der Versäumnisse“

Fragen an Professor Klaus J. Bade, Mitautor des „Manifests der 60“ — Plädoyer für ein Einwanderungsgesetz

Herr Bade, im „Manifest der 60“ sprechen 60 Wissenschaftler für ein Einwanderungsgesetz. Sie nennen die 80er Jahre ein verlorenes Jahrzehnt für die Einwanderungspolitik. Was wurde versäumt?

Bade: Einwanderung wurde tabuisiert und dementiert unter dem Stichwort „Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland“. Was man tabuisierte, konnte man nicht gestalten. Die Themen Einwanderung und Eingliederung von Minderheiten sind als solche gesellschaftspolitisch nicht gefährlich. Sie können es aber werden, wenn man bei ihrer politischen Gestaltung versagt. Mit den Folgen dieser Versäumnisse — wie Fremdenfeindlichkeit — haben wir heute zu tun. Fremdenfeindlichkeit ist keine natürliche Folge von Zuwanderungsdruck, sondern Ergebnis einer verfehlten Politik.

Frage: Sie fordern ein Einwanderungsministerium. Welche Aufgaben müßte es angehen?

Bade: Das Ministerium soll Konzepte für die Bereiche Zuwanderung und Eingliederung entwickeln und fortschreiben. Und es soll die Schaltstelle zwischen Bund und Ländern einerseits und andererseits eine Brücke zwischen nationaler und europäischer Migrationspolitik sein. Außerdem kann ein solches Ministerium dazu beitragen, die Bereiche Ausländer, Aussiedler und Asyl besser zu koordinieren.

Frage: Sie schlagen ein Ein-



Klaus J. Bade, 49, ist Professor für Neueste Geschichte in Osnabrück und Direktor des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien. Vor wenigen Tagen gab der gebürtige Elsässer (er lehrte auch an den Universitäten Harvard und Oxford) zusammen mit 60 Kollegen das „Manifest der 60“ im Münchener Beck-Verlag heraus. Bade, der sich für ein Einwanderungsgesetz ausspricht, ist Mitglied der Kommission für Ausländerfragen und ethnische Minderheiten der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).

wanderungsgesetz mit Quoten und Kontingenten vor. Wer dürfte, wer sollte kommen?

Bade: Wir brauchen die klare Unterscheidung zwischen dem Bereich Einwanderung und dem Bereich Flucht und Asyl. Bei der Einwanderung geht es um die kalkulierbaren Interessen des Einwanderungslandes . . .

Frage: Welche Interessen der Bundesrepublik sehen Sie?

Bade: Das Einwanderungsland hat ökonomische und soziale Interessen an Einwanderern. Es hat aber auch mit Eingliederungsproblemen zu tun. Es wäre ein Trugschluß zu sagen, die Bevölkerung in der Bundesrepublik nimmt ab, also brauchen wir genausoviel Zuwanderung. Das ist Unsinn. Zuwanderung hat im Sinne des Sozialstaates nur dann einen Sinn, wenn die Zuwanderer ihren Beitrag zum Generationenvertrag leisten können, wenn sie sozialversicherung beschäftigt sind.

Frage: Sind das nicht Konzepte, die man in den 60er Jahren hätte aufstellen können? Heute geht es doch darum, wie wir Armutswanderer integrieren könnten, wenn wir dies denn wollten?

Bade: Wenn schon, dann waren dies Probleme der 80er Jahre. Und richtig, die Antworten hätten schon damals gegeben werden müssen. Aber einmal abgesehen von Armutswanderern und Verfolgten — der normale Einwanderer taucht bis heute gar nicht bei

uns auf, weil er nach den Gesetzen nicht auftauchen darf. Gäbe es ein Einwanderungsgesetz, würden viele, die bisher über das Asylrecht ins Land zu kommen versuchen, diesen normalen Weg wählen. Daß wir uns für diese Einwanderung einsetzen, heißt nicht, daß wir nicht auch Ursachen von Flucht und Armutswanderung bekämpfen wollen.

Frage: Es geht Ihnen also nicht nur um unsere ökonomischen Interessen?

Bade: Nein. Migrationspolitik heißt nicht, nur den ökonomischen und sozialen Interessen des Einwanderungslandes langfristig zu entsprechen. Es heißt auch, einen entscheidenden Beitrag zum sozialen Frieden und zur kulturellen Toleranz zu leisten. Tun wir dies nicht, können wir schon heute die Opfer der Fremdenfeindlichkeit von morgen zählen.

Frage: Wären die Erfahrungen der Bundesrepublik mit der Integration von deutschstämmigen Aussiedlern modellhaft für die Eingliederung von Ausländern?

Bade: Ja, das könnte Vorbild sein und sollte ausgedehnt werden auf alle Menschen, die länger und auf Dauer bei uns sind. Migranten haben keinen Rechtsanspruch auf Integrationshilfen, die Aussiedler zustehen. Die Aussiedler-Integration ist mustergültig — aber dann, bitteschön, sollte so etwas für alle Einwanderer angeboten werden.

Mit Klaus J. Bade telefonierte Jochen Arntz